

Edgar Einemann

Zur Institutionalisierung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften:

Ansätze und Probleme bei der Realisierung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen

Nach der Schilderung der Ausgangssituation in Bremen 1971 wird zunächst die Institutionalisierung der Kooperation beschrieben. Dann sollen die Entwicklung des an der Universität gebildeten Kooperationsbereichs dargestellt und abschließend die zur Lösung von strukturellen Problemen vorgenommenen Veränderungen kurz verdeutlicht werden.

1. Die Ausgangssituation

Die Institutionalisierung der Kooperation zwischen Arbeitnehmerorganisationen und einer staatlichen Wissenschaftsinstitution schon im Jahre 1971 erklärt sich aus spezifischen Bedingungen im Lande Bremen einerseits sowie Erfahrungen und Interessen von Arbeitervertretern, Wissenschaftsorganisatoren und Wissenschaftlern andererseits.

Die Neugründung der Universität Bremen (kurze Zeit nach dem Höhepunkt der Studentenrevolte und der Politisierung des akademischen Mittelbaus) als von der regierenden SPD getragenen 'Reformhochschule' war nach dem Scheitern einer 'konventionellen' Universitätsgründung nur auf reformfreundliche und 'linke' Wissenschaftler zu stützen, was sich u.a. in der Ernennung des Mitgliedes im Juso-Bundesvorstand, Thomas von der Vring, zum Gründungsrektor ausdrückte. Nicht zuletzt das politische Trommelfeuer der CDU gegen die Universität erzwang eine 'vorzeitige' Eröffnung des Lehrbetriebes schon im Jahr 1971 - dem Jahr der Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft. Die Hochschulpolitik der Landesregierung führte zum Bruch der Regierungskoalition (die FDP ist bis heute Oppositionspartei) und die Universität wurde zum Wahlkampfthema Nr. 1 ("Rote Kaderschmiede"). In dieser Wahlkampfsituation bewegte vor allem das Interesse am Erhalt der SPD-Landesregierung sowohl die Bremer Partei als auch die bremischen Arbeitnehmerorganisationen zur Mobilisierung der Arbeitnehmer für die 'Linke' Universität, die sich "in den Dienst der abhängig Beschäftigten" stellen wollte. Gründungsrektor Thomas von der Vring sprach auf SPD-Betriebsrätekonferenzen im Wahlkampf, und die Arbeiterkammer Bremen stellte sich durch den Abschluß eines Kooperations-

Schwerpunktthema

vertrages mit der Universität noch vor deren Eröffnung deutlich sichtbar vor die Hochschule.

Dieser Kooperationsvertrag ist aber damit nicht als 'Wahlkampfgeg' abzutun, sondern vielmehr genauer auf die sich dahinter verbergenden politischen und sachlichen Verhältnisse und Interessen abzuklopfen; denn die Wahlkampf-situation und die Hochschulprobleme in Bremen können nur den Zeitpunkt der Vereinbarung, nicht aber die in den folgenden Jahren in der gesamten Bundesrepublik einsetzende Diskussion und Praktizierung der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen ¹⁾ erklären.

Für die Arbeiterkammer Bremen formulierte deren Geschäftsführer, Walter Franke, im Februar 1972 in einem Brief an den Gründungsrektor, daß die Bestimmungen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes nur dann "Voll im Interesse der Arbeitnehmer ausgeschöpft werden können, wenn den Arbeitnehmervertretern in verstärktem Maße fundierte wissenschaftliche Ergebnisse zur Verfügung stehen. Auch wird sich die Arbeiterkammer gemeinsam mit den ihr verbundenen Institutionen Gedanken über eine weitere Intensivierung der beruflichen und gesellschaftspolitisch-orientierten Weiterbildung machen müssen, um die Arbeitnehmervertreter in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben so wirksam wie möglich zu erfüllen. Zu verweisen ist unter anderem auf § 37 des Gesetzes (Bildungsurlaub für Betriebsratsmitglieder und Einrichtung von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen), § 87 (Mitwirkung bei Lohnfindungsmethoden und Lohngestaltung), § 89 (Zuständigkeit des Betriebsrates für Fragen des Arbeitsschutzes), § 90 (Mitwirkung des Betriebsrates bei der Gestaltung der Arbeitsplätze unter Berücksichtigung gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse), § 106 (Einsetzung eines Wirtschaftsausschusses mit Kompetenzen zur Kontrolle der Unternehmensführung)." ²⁾

Die Arbeiterkammer wies in ihrer Denkschrift zum Kooperationsvertrag besonders auf die sie interessierenden Arbeitsfelder Arbeitsmedizin und Unfall-schutz, Sicherheit des Arbeitsplatzes und technischer Fortschritt, Einkommensmöglichkeiten und Einkommensverwendung sowie berufsbezogene und gesellschafts-politisch orientierte Erwachsenenbildung hin. ³⁾

-
- 1) Hier wäre hinzuweisen auf die Gewerkschaftlichen Monatshefte 2/1977 mit dem Thema "Gewerkschaften und Hochschulen" sowie die Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter im September 1977 in Marburg, abgedruckt in einer Sonderausgabe der Bremer Universitätszeitung.
 - 2) Brief des Arbeiterkammer-Geschäftsführers Dr. Walter Franke an den Gründungsrektor der Universität Bremen, Herrn Dr. von der Vring, vom 3. Febr. 1972
 - 3) Vgl. die Denkschrift der Arbeiterkammer zum Kooperationsvertrag unter dem Titel 'Was erwartet die Arbeiterkammer von der neuen Bremer Universität'?
-

----- *Schwerpunktthema* -----

Diese Liste wurde in der konstituierenden Sitzung der Kooperations-Kommission zwischen Universität und Arbeiterkammer noch ergänzt um die Bereiche Belastungen der Arbeiter und rechtliche Unterstützung der Betriebsräte. Das grundlegende politische Interesse der Arbeitnehmerorganisation an der Wissenschaft erläuterte Erich Ströh als Arbeiterkammer-Geschäftsführer und langjähriger Vorsitzender der Kooperations-Kommission im Februar 1977. Er charakterisierte die Wissenschaft als "separaten Kopfarbeiterbetrieb", der "die existenziellen Interessen der Lohnabhängigen wenig oder gar nicht zur Kenntnis nimmt. Die Produktion von Herrschaftswissen gegen die organisierte Arbeiterbewegung steht auch heute noch im Vordergrund". Ströh formulierte als längerfristige politische Vorstellung, "die Entfremdung zwischen Wissenschaft und Gewerkschaft, die exemplarisch ist für unsere Gesellschaftsstruktur", "in einem langfristigen kooperativen Prozeß" aufzuheben. ¹⁾

Die Interessen der Arbeitnehmerseite an der Kooperation können als grundlegend-politische Einflußnahme auf die Orientierung der Wissenschaft (Herauslösung aus der ausschließlichen Nutzung durch die Industrie) und als konkret-praktische an Gutachten-, Studien- und Bildungsangeboten zur Erfassung und Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer zusammengefaßt werden. Als Besonderheit der Bremer Situation muß die wahlkampfbedingte Mobilisierung der Arbeitnehmer (und Förderung einer Anspruchshaltung bei ihnen) einerseits und die reale Einflußmöglichkeit der Arbeiterkammer auf die Hochschule über die SPD-Mehrheitsfraktion und die Landesregierung (Kammergeschäftsführer Franke war zugleich Vorsitzender der SPD-Fraktion und später Arbeits- und Sozialsenator) festgehalten werden.

Die Interessen der 'Linken' Universitätsleitung (verkörpert durch den Gründungsrektor Thomas v.d.Vring und seinem persönlichen Referenten Hans Dieter Müller) waren darauf konzentriert, sowohl eine Reform der Hochschulstrukturen (Demokratisierung mit dem Ziel der Stärkung des Einflusses von Studenten und Dienstleistern) als auch eine Umorientierung der Wissenschaftsansätze (Stärkung der gesellschaftskritischen Wissenschaft im Dienste der Lohnabhängigen) auch personell gegen die in der ganzen Bundesrepublik geschürte Kritik und vielfältige Diffamierung abzusichern. Das war (bei allen Konflikten) nur möglich durch die enge Kooperation der Universitätsleitung

1) Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1977, S.109 und auch 'Der Kooperationsvertrag zwischen der Arbeiterkammer Bremen und der Universität Bremen', ein Bericht vorgelegt von der Arbeiterkammer Bremen, Bremen im Mai 1976, S. 35/36

mit der SPD-Mehrheitsfraktion im Landtag und der SPD-Landesregierung sowie die positive Beziehung zu den innerhalb der SPD dominierenden Repräsentanten der Arbeiterbewegung. Für die Universitätsleitung war der Kooperationsvertrag mit der Arbeiterkammer die Symbolisierung, Festschreibung und Konkretisierung des Anspruchs der Hochschule, ihre Wissenschaft in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung zu stellen - und das nicht abstrakt, sondern konkret bezogen auf Vertreter der Bremer Arbeiterschaft. Damit war in der Universität zugleich die Hoffnung verbunden, gesellschaftskritischen Wissenschaftlern bei der Überwindung der Grenzen ihres 'Ghettos' zu helfen und ihnen einen kontinuierlichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung als entscheidende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts zu ermöglichen.

2. Die Institutionalisierung

Eine direkte Kooperation aller Wissenschaftler mit der Arbeiterkammer Bremen kam wegen der Vielzahl und auch deshalb nicht in Frage, weil die meisten 'kritischen' Wissenschaftler weitgehend mit der Studienreform und mit hochschulpolitischen Fraktionsauseinandersetzungen beschäftigt waren. Für viele Wissenschaftsdisziplinen wäre selbst durch eine praxisorientierte Forschung auch nur sehr mittelbar etwas für die Arbeiterbewegung zu leisten gewesen (z.B. Mathematik), und im geisteswissenschaftlichen Bereich waren politische Positionen vertreten, die nicht durch den Wunsch einer positiven Kooperation mit den (sozialdemokratischen) Gewerkschaftsfunktionären geprägt waren.

Die Universitätsleitung war deshalb zur Realisierung des Kooperationsvertrages auf einen neuen Organisationsansatz in der Hochschule angewiesen, dessen Aufgaben und Struktur zunächst von einem 'Arbeitsausschuß Arbeiterkammer' unter Federführung von Hans Dieter Müller und Barbara Busch diskutiert wurden.

In einem ersten Bericht formulierte Barbara Busch für den Arbeitsausschuß die Vorstellung, einen Forschungs- und Praxisbereich zu gründen,

"Der folgende Funktionen wahrnehmen sollte:

1. direkte Unterstützung der Arbeiterkammer durch Beratungsaufgaben, kurzfristige Gutachten usw.;
 2. Einbringen der Probleme und Fragen, die sich aus der Arbeit der Arbeiterkammer ergaben, in die Projektdiskussion der Studienbereiche;
 3. Organisation von Forschungs- und Praxisvorhaben in Zusammenarbeit mit Arbeiterkammer und Studienbereichen;
-

4. Entwicklung und Durchführung von Modellen zur Arbeiterbildung". 1)

Im Februar 1972 wurde für die Zentrale Kommission der Universität die Aufgaben- und Strukturplanung konkretisiert und damit die Grundlage für Stelleneinwerbungen gelegt. Nach dieser Vorlage hatten sich "drei Problemkreise herausgebildet, die von der Universität gegenwärtig arbeitsmäßig und strukturell nicht abzudecken sind:

1. die systematische Planung von Forschungsvorhaben entsprechend den vereinbarten Schwerpunkten Arbeitsmedizin, Unfallschutz, Arbeitsplatzsicherung, beruflicher Weiterbildung und Strukturplanung mit längerfristiger Perspektive.
2. Die Abstimmung dieser Forschungsplanung mit den Projekten der Studienbereiche.
3. Die Durchführung von Arbeitnehmerkursen zur beruflichen und politischen Weiterbildung." 2)

Als Aufgaben für die erste Phase wurden einerseits die Aufstellung einer Prioritätenliste für lang- und mittelfristige Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer, die Initiierung von Forschungsvorhaben innerhalb und außerhalb der Universität Bremen nach dieser Prioritätenliste und die Beschaffung von Drittmitteln sowie andererseits die Entwicklung von Modellen der Arbeiterbildung, die Materialaufbereitung für Bildungsveranstaltungen und auch die Durchführung von Seminaren und darüberhinaus der Aufbau eines Archivs und die Vermittlung von Praxiszugängen genannt.

Ständige Mitarbeiter für Planung, Organisation und Verwaltung sollten den kontinuierlich arbeitenden Kern des wissenschaftlichen Zentrums bilden, der durch für bestimmte Projekte auf Zeit berufene Hochschullehrer und mit einem Teil ihrer Zeit zur Verfügung stehende Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, Tutoren und Studenten der Universität Bremen ergänzt werden sollte.

Als Konsequenz in dieser Konzeption wurde in den Stellenausschreibungen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter ("Referatsleiter") zunächst ihre Funktion als Forschungsplaner für breite Gebiete und Koordinatoren mit den Vorhaben der Studienbereiche erwähnt und abschließend noch "verantwortliche

1) Barbara Busch, Bericht des Arbeitsausschusses Arbeiterkammer, Bremen 1971/72

2) Barbara Busch/Hans Dieter Müller, Vorlage des Arbeitsausschusses Arbeiterkammer für die 5. Sitzung der Zentralen Kommission am 9. Februar 1972, "Vorschlag für die Einrichtung eines Forschungs- und Praxiszentrums Industrie und Betrieb", S. 1/2

----- *Schwerpunktthema* -----

Mitarbeit an einem Forschungsprojekt auf einem Schwerpunktgebiet" genannt. Hochschullehrer sollten wegen der von der Arbeiterkammer geforderten Prioritäten für Industriesoziologie, Arbeitsmedizin, Sozialmedizin und Arbeitswissenschaft berufen werden. Der Geschäftsführer des Zentrums war zugleich für Außenkontakte, Drittmittelbeschaffung und die organisatorische Leitung vorgesehen.

Die in der Universität nicht vorher planbaren Stellen und ihre relative Dringlichkeit erforderten Eingriffe in den schon beschlossenen Haushalt des Landes Bremen für 1972/73 - die Universität stellte einen Antrag auf Nachbewilligung von Stellen. Diese nachträgliche Bereitstellung von zweckgebundenen Stellen für die Kooperation war nur möglich durch den Einsatz der SPD-Mehrheitsfraktion im Landesparlament und insbesondere die Arbeit des Fraktionsvorsitzenden und Arbeiterkammer-Geschäftsführers Franke; ohne diesen politischen Kraftakt hätte es zumindest für lange Zeit keine 'Arbeitsstelle Arbeiterkammer' in der Universität gegeben.

Die genaue Struktur des Kooperationsbereichs war damit noch nicht festgelegt. Die Berufung von Hochschullehrern bestimmter Disziplinen auf Zeit für bestimmte Projekte wäre allerdings nur möglich gewesen, bei der Beschränkung auf H 1/H 2-Stellen - sie wurden aber als H 3/H 4-Stellen beantragt. Damit war die dominierende Stellung der Hochschullehrer innerhalb des Bereichs vorgezeichnet, die nur zu zweckgebundenen Forschungs-Professoren auf Lebenszeit werden konnten. Das machte zugleich die Rolle des Geschäftsführers problematisch - wie sollte er den 'Forschungskapazitäten' Drittmittel beschaffen und deren Arbeit organisatorisch leiten? Und vor allem: wie sollte der medizinisch-arbeitswissenschaftliche Forschungsschwerpunkt der Arbeitsstelle ohne entsprechende 'Infrastruktur', d.h. ohne einen medizinischen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengang mit entsprechender apparativer Ausstattung, überhaupt betrieben werden?

Die Unklarheit darüber, ob nun ein arbeitsfähiges Forschungsinstitut oder aber eine dienstleistende Stabstelle (Initiierung und Koordinierung von anderswo betriebenen Projekten) gegründet werden sollte, wurde in der Stellenbeschreibung für die wissenschaftlichen Mitarbeiter besonders deutlich - so sollte ein Wissenschaftler zugleich mehrere Projekte an unterschiedlichen Orten begleiten und deren (Zwischen-)Ergebnisse für die Arbeitnehmer aufbereiten und zugleich noch verantwortlich an einem Forschungsprojekt mitarbeiten. Sollten Gutachtertätigkeit und kontinuierliche Mitteilungen von Projektergebnissen im Vordergrund stehen oder aber längerfristige eigene

Forschungsprojekte? Sollte der Bereich in der Arbeiterbildung primär Modelle für die Arbeiterorganisationen entwickeln, universitäre Weiterbildungsmaßnahmen organisieren oder gar selber Arbeiterbildung im größeren Stil betreiben?

Die Offenheit bzw. die Unklarheit in der Gründungssituation (wobei sicher eine Rolle spielte, daß Forschungsinstitute inneruniversitär hochschulpolitisch nicht durchsetzbar waren und die Universitätsleitung nicht offen die Hochschulreform charakterisierende Aufhebung der Trennung von Forschung und Lehre rückgängig machen wollte) und die mit den Stelleneinwerbungen geschaffenen Fakten setzen allerdings eine Dynamik in Bewegung, deren Resultate weder programmiert noch übersehbar waren. Das bestätigte ein Bericht der Universität an den Senator für Wissenschaft und Kunst: "Die Struktur der geschaffenen Einrichtung sollte jedoch zunächst offenbleiben und erst in den Arbeitsvollzügen genauer bestimmt werden".¹⁾

3. Die Entwicklung

Die Fragen nach der genauen Struktur und dem längerfristigen Arbeitsprogramm des Kooperationsbereichs stellten sich 1972/73 nicht in voller Schärfe. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter koordinierte die Arbeit mehrerer Forschungsgruppen zu dem die Arbeiterkammer besonders interessierenden Thema "Gesundheitsverschleiß und Arbeitsschutz", brachte diese Gruppen aus mehreren Universitäten mit Bremer Gewerkschaftern in Diskussionsprozesse und organisierte eine Tagung 'Sicherheit am Arbeitsplatz', deren Ergebnisse in der Arbeiterbildung bis heute nahezu unentbehrlich sind. Mit dieser umfassenden Bestandsaufnahme sollte die Grundlage für vertiefende Forschungen gelegt werden. Parallel dazu wurde ein schon in Hamburg mit Hafenproblemen beschäftigter Professor für Soziologie nach Bremen berufen, um mit einer Hafearbeiterstudie auch einen Beitrag zur Fundierung der von der ÖTV geforderten Hafenfacharbeiterschule zu leisten. Darüberhinaus betreuten wissenschaftliche Mitarbeiter ein von der Universität Münster angebotenes Projekt über den Zusammenhang von Lohnfindungsmethoden und Krankheit und ein Vorhaben von Juristen der Bremer Universität, ein Arbeitsrecht-Handbuch für

1) Der Rektor der Universität Bremen, Bericht der Universität Bremen über die Durchführung des Kooperationsvertrages zwischen der Universität und der Arbeiterkammer Bremen 1971 bis 1976, angefertigt für den Senator für Wissenschaft und Kunst am 28.6.1976, s.10

Schwerpunktschema

Betriebsräte zu erarbeiten. Außerdem wurde im Sinne des Kooperationsvertrages mit der Entwicklung und Durchführung von Modellseminaren in der Arbeiterbildung begonnen.

Der Kooperationsbereich hatte in dieser Anfangsphase eine 'Mischstruktur', die von der Begleitung, Initiierung und Koordinierung von Forschungsprojekten außerhalb des Bereichs und zum Teil auch außerhalb der Universität Bremen über die Durchführung eines eigenen Forschungsprojektes bis hin zur Organisation von Kooperationsprozessen (Tagung und Arbeiterbildung) reichte und auch die Beschaffung kurzfristiger Rechtsgutachten umfaßte. Die zunehmende Ausstattung mit Personen und Mitteln führte zu einer deutlichen Umgewichtung der internen Struktur, die als Prozeß des 'Heranziehens' aller bisher 'aufgelagerten' Arbeiten in die Arbeitsstelle selbst charakterisiert werden kann. So wurden weitere Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter und Mittel für Forschungsprojekte und Bildungsveranstaltungen in den Bereichen Arbeitsmedizin, Industriesoziologie, Ökonomie, Arbeitsrecht und Arbeiterbildung eingeworben und die interne Arbeitsteilung hin zu Projektstrukturen verändert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter waren nicht mehr Referatsleiter, die mit der Initiierung und Koordinierung von Forschungsprojekten der Universität oder anderer Hochschulen und der Kontaktvermittlung zu den Gewerkschaften befaßt waren, sondern sie gliederten sich in - meist von Hochschullehrern geleitete - Forschungsprojekte des Kooperationsbereichs ein. Die Rolle des 'primären Kooperationspartners' für die Arbeiterkammer verlagerte sich von wenigen, im Laufe der Zeit meist auch persönlich bekannten, für große Bereiche und mehrere Projekte zuständige wissenschaftlichen Mitarbeitern zu einzelnen Forschungsprojekten und deren Leitern - das waren meist relativ 'neue' Hochschullehrer mit vielfältigen Lehr- und Forschungsverpflichtungen z.T. auch noch außerhalb Bremens. Die dadurch auftretenden Verständigungsprobleme führten z.B. dazu, daß sich der Arbeiterkammer-Geschäftsführer in einem Brief an einen projektleitenden Hochschullehrer darüber beschwerte, daß die Kammer nicht über die Schritte des Projektes in der Bremer Region (Herantreten an Betriebe) informiert war, deshalb auch die fragenden Betriebsräte nicht beeinflussen konnte und darin insgesamt "einen erheblichen Rückschlag für die doch außerordentlich schwer zu erreichende Kooperation zwischen Wissenschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten" sieht.

Ergebnis des Ausbaus der 'Arbeitsstelle Arbeiterkammer' war die Ausweitung der Projektforschung; so gab es

Schwerpunktthema

- die Hafenarbeiterstudie, die die Auswirkungen der technischen und arbeitsorganisatorischen Entwicklung in den Bremischen Häfen auf die Arbeitssituation und das Bewußtsein der Hafenarbeiter untersucht
- das Betriebsräteprojekt, das nach den Handlungsbedingungen und dem Selbstverständnis von Betriebsräten fragt
- das Werftprojekt, das den Rationalisierungsprozeß in der Werftindustrie, das Arbeitsbewußtsein der Arbeiter und das Humanisierungspotential angesichts der Werftkrise analysiert
- das Projekt Belastungen am Arbeitsplatz, Praxis der Arbeitssicherheit und Lärmquellen
- das Industrieroboterprojekt in Kooperation mit dem SOFI Göttingen, das den Einsatz von Handhabungssystemen in einem Automobilwerk untersucht
- die der Vorbereitung des Arbeitergrundstudiums dienenden Projekte 'Arbeiterbildung als gewerkschaftliche Bildungsarbeit' und 'Qualifikation und Interessen'
- das Projekt 'Anspruch, Realität und Wirksamkeit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit' mit dem Ziel der Ermittlung der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Darüberhinaus wurden Modellseminare für die Arbeiterbildung (u.a. Situation und Interessen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, Wirtschaftliche Mitbestimmung, Situation und Interessen der Arbeiter in Betrieb und Gesellschaft) entwickelt und Filme produziert (u.a. zur Hafen- und zur Werftarbeit und zu den Streiks 1973, 1974 und 1978).

Der Wandel der Arbeitsstelle zu einem soziologischen Forschungsinstitut, die Verlagerung der Kooperation auf die Ebene einzelner langfristig angelegter Forschungsprojekte und auf die Gruppe der Professoren bewegte die Arbeiterkammer Bremen allerdings immer wieder zu dem Hinweis, die Universität habe "auch kurzfristig Probleme von Arbeitnehmern aufzugreifen und zu deren Lösung beizutragen. In diesem Sinne hat die Universität u.a. wichtige Dienstleistungsfunktion..." ¹⁾ An Dienstleistungsfunktionen sind aber die der - im inneruniversitären Sprachgebrauch zu Recht als 'Dienstleistender' und nicht als 'Forscher' bezeichneten - wissenschaftlichen Mitarbeiter verlorengegangen. Die Arbeiterkammer war jetzt weitgehend auf das angewiesen,

1) Arbeiterkammer Bremen, Stellungnahme der Arbeiterkammer Bremen zur weiteren Zusammenarbeit mit der Universität Bremen im Rahmen des Kooperationsvertrages vom 27. Juli 1971, Vorlage Nr. 302 zur 54. Sitzung der Kooperations-Kommission, Bremen den 19. April 1977, S. 2

Schwerpunktschemata

was innerhalb der Arbeitsstelle kurzfristig produziert werden konnte (und begrenzt war durch die Arbeitsschwerpunkte und die geringen zeitlichen Spielräume neben der Forschung und Lehre).

Die mit der Ausschaltung der 'Referatsleiter' eingeleitete Reduktion der an die Arbeiterkammer herangetragenen Projekte auf die in der Arbeitsstelle selbst durchgeführten, mußte den Arbeitnehmern die Langwierigkeit der Forschung besonders deutlich machen (geringe Zahl der Projekte, weitgehende zeitliche Synchronisation, lange Dauer). Zugleich stellte sich die Frage nach den Themenschwerpunkten dieser Forschungsprojekte, deren relativ geringe Zahl großzügige Kompromisse zwischen unterschiedlichen Interessen erschwerte.

Das Interesse der Arbeiterkammer Bremen war ein unmittelbar-praktisches: "Die Arbeiterkammer Bremen und die Gewerkschaften erwarten zunächst von der Universität im wesentlichen die Aufarbeitung kurzfristiger unmittelbarer Organisationsbedürfnisse und -interessen. Dazu gehören insbesondere arbeits- und sozialrechtliche Fragen, Probleme der Sicherheit am Arbeitsplatz und des Unfallschutzes, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Problemstellungen, Unterstützung im Bereich der Schulung und Bildung etc."¹ Und das vor allem deshalb, weil die Arbeiterkammer "aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages ihre Aktivitäten vorwiegend an der Praxis orientieren muß".² Sie wollte damit aber keineswegs gegen längerfristige Forschungsprojekte Stellung beziehen: sie wünschte "konkret sowohl die Aufarbeitung kurzfristiger und unmittelbarer Organisationsinteressen als auch die Verwirklichung langfristiger Forschungsperspektiven. Voraussetzung ist allerdings, daß in solidarischer Diskussion die Bestimmung der Inhalte und Zielsetzungen erfolgt."³

Und bei den Inhalten und der Zielsetzung der Forschung ging es der Arbeiterkammer (im Gegensatz zur Universität) immer in erster Linie um den Bereich 'Arbeitsschutz'. Er spielte schon in der Gründungsphase des Bereiches eine wesentliche Rolle und wurde nach der Tagung 'Sicherheit am Arbeitsplatz' dadurch betont, daß 1973 auf Initiative der Gewerkschaften und gegen Bedenken aus wissenschaftlichen Instituten ein 'Millionenprojekt' des Bundesarbeitsministeriums zu Arbeitsbelastungen, der Praxis der Arbeitssicherheit und den Lärmquellen nach Bremen geholt wurde (wobei weniger als ein Viertel der Wissenschaftler in Bremen angesiedelt war). Am Ende dieses Projekts

1) Arbeiterkammerbericht 1976, S.29

2) Arbeiterkammerbericht 1976, S.31

3) Arbeiterkammerbericht 1976, S.31

wollte die Arbeiterkammer einen Schwerpunkt 'Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit' in der Arbeitsstelle und der Universität realisiert wissen. Sie forderte "für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich eine Infrastruktur aufzubauen" und "die Errichtung von Ausbildungsgängen" (Sicherheitsingenieure, Sicherheitsfachkräfte, Sicherheitstechnik in gewerkschaftliche Bildungsarbeit einzubringen) und setzte diese Interessen in Stellenanforderungen um: die noch auszuschreibenden Stellen sollten (wie ursprünglich auch von der Universität vorgesehen) mit einem Arbeitswissenschaftler/Arbeitsingenieur (Hochschullehrer) und je einem Arbeitsmediziner und einem Lärmforscher (wissenschaftliche Mitarbeiter) besetzt werden.¹⁾ Noch 1976 glaubte die Arbeiterkammer, daß diese Vorbestellungen "ihre Berücksichtigung finden bei der zukünftigen Forschungsstruktur der Universität und der Arbeitsstelle Arbeiterkammer"²⁾. Sie verwies auch darauf, daß "in einer langfristigen Perspektive deswegen eine Ausweitung" der Arbeitsstelle "um den Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften vorgesehen" sei.³⁾

1978 mußte aber festgestellt werden, daß die Durchsetzung eines Schwerpunktes Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit nicht erfolgt und auch in den nächsten Jahren kaum zu erwarten ist - eine Erkenntnis, die bei der Arbeiterkammer mit dazu beigetragen hat, sich als "Mittel zum Zweck" und "Feigenblatt"⁴⁾ für die Universität zu fühlen, von der Kündigung des Kooperationsvertrages zu reden, auf die geringe praktische Relevanz der betriebenen Forschung hinzuweisen und "eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Universität"⁵⁾ anzustreben.

Das Interesse der Wissenschaftler der Arbeitsstelle war von vornherein sehr stark auf eine längerfristige politisch-strategische Kooperation mit der Arbeiterbewegung gerichtet. Das ist insbesondere deshalb verständlich, weil ihre Entscheidung, sich aus dem 'traditionell-neutralen' Wissenschaftsbetrieb zu lösen und in einen öffentlich deutlichen gewerkschaftlichen Rahmen zu stellen, eine eindeutige politische Motivation erfordert, die nur linke

-
- 1) Arbeiterkammer Bremen, Vorstellungen der Arbeiterkammerseite in der Kommission für die Durchführung des Kooperationsvertrages über die Personalplanung im Arbeiterkammerbereich, Bremen den 28.8.1975
 - 2) Arbeiterkammerbericht 1976, S. 37
 - 3) Arbeiterkammerbericht, 1976, S.3c
 - 4) Brief des von der Arbeiterkammerseite gestellten Vorsitzenden der Kommission für die Durchführung des Kooperationsvertrages, Timmermann, an die Wissenschaftler des Kooperationsbereichs vom 24.März 1976
 - 5) Stellungnahme der Arbeiterkammer, 1977, S.3

----- *Schwerpunktthema* -----

Wissenschaftler zu entwickeln in der Lage sind. So sah die 'Gründergeneration' der Arbeitsstelle ihren Ansatz, ihre Schwerpunkte und ihre Aufgabenstellung primär politisch:

"Im Lichte eines politischen Erkenntnisinteresses und eines sozialwissenschaftlichen Selbstverständnisses, das sich an den objektiven unmittelbaren und mittelbaren Interessen der Arbeiterklasse im Kapitalismus orientiert und letzten Endes auf die Erarbeitung der Grundlagen, Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Politik gerichtet ist, gibt es für sozialwissenschaftliche Aktivitäten in Forschung und Lehre neben der allgemeinen Aufgabe, Kenntnisse zu vermitteln und Aufklärung über gesellschaftliche Verhältnisse zu betreiben, vor allem zwei spezifische Aufgaben, nämlich einerseits die naturbedingten, sozialen und politischen Aspekte der Situation von Arbeitnehmern in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang praktisch sichtbar zu machen, andererseits die Voraussetzungen und Bedingungen sozialistischer Politik in der Gegenwart gegenüber scheinbaren Sachzwängen und pseudorevolutionärer politischer Unverantwortlichkeit 'freizuschäufeln' und ein demgemäßes rationales gesellschaftliches Bewußtsein auszubilden, das gleichweit entfernt ist von der Kapitulation vor der Übermacht der bestehenden Verhältnisse und auch von dem Aberglauben an eine mystische Veränderung des gesellschaftlichen Seins durch blind-revolutionäres Handeln sogenannter Massen in der Hand von Berufsrevolutionären.

Ganz allgemein ergibt sich daraus die Aufgabe, die bestehenden Verhältnisse und die tatsächliche Situation der Arbeitnehmer in allen Aspekten in ihrer gesellschaftlichen Vermittlung systematisch zu erarbeiten und darzustellen und die Möglichkeiten und Bedingungen alternativer Verhältnisse von Situationen rational auszumachen und zur Diskussion zu stellen. Dabei ergeben sich eine Fülle von einzelnen Aufgabenstellungen aus den Bereichen

1. politisch-ökonomische Struktur und Entwicklung der Gesellschaft,
2. Funktion und Politik des staatlichen Bereichs,
3. Entwicklung der Stellung der Arbeitnehmer in Produktion und Reproduktion und ihre Reflexion im Unternehmen und in der konkreten Arbeitssituation, vor allem im Hinblick auf
 - a) die Struktur der Lohnabhängigen
 - b) die Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen." 1)

Im Rahmen der "Tradition kritischer Sozialwissenschaft" formulierte die inzwischen stark vergrößerte Arbeitsstelle dann auch 1976 einen industrie-

1) Aus einem mehrheitlich getragenen 'Arbeitsprogramm der Arbeitsstelle' von 1973/74

----- Schwerpunktthema -----

soziologischen Forschungsschwerpunkt, der die Veränderung der Arbeitssituation und ihre sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, die Arbeitsbedingungen, sowie ihre Auswirkungen auf den Reproduktionsprozeß und auf das Bewußtsein und Verhalten von Arbeitern und Angestellten in den Mittelpunkt stellte und dabei die Integration anderer Wissenschaftsdisziplinen (Ökonomie, Arbeitsrecht, Arbeitsmedizin) wünschte. ¹⁾ Das Ende 1977 verabschiedete Papier des Kooperationsbereichs nennt als Arbeitsschwerpunkte

- Krise: Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen;
- Strategien kapitalistischer Rationalisierung und ihre Auswirkungen (u.a. Lohn, Freisetzung, Qualifikation/Ausbildung, Belastung);
- strukturelle Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit;
- Formen der Wahrnehmung, Verarbeitung und Organisierung von Erfahrungen und Interessen der Beschäftigten;
- Erscheinungsformen, Bedingungen und Möglichkeiten von eigenen Initiativen und organisiertem Handeln der Beschäftigten;
- Umsetzungsbedingungen von Arbeiter-/Weiterbildung (u.a. ökonomische, soziale, rechtliche, organisatorische, bewußtseinsmäßige und motivationale Voraussetzungen für die Einleitung und das Wirksamwerden organisierter Lernprozesse). ²⁾

Daß "die gesellschaftstheoretische Durchdringung und die empirische Verklammerung" ³⁾ der von den Wissenschaftlern genannten Themen und nicht der Schwerpunkt Arbeitsschutz in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeiten des Kooperationsbereichs rücken konnte, hatte vor allem objektive Gründe.

Die Bremer Universität war zu Anfang in keiner Weise für den Betrieb von Forschung eingerichtet - die Zusammenstellung eines arbeitsfähigen Teams für das Hafenprojekt z.B. dauerte über zwei Jahre ⁴⁾, und die Universität mußte in ihrem Bericht an den Wissenschaftssenator 1976 feststellen, daß "der Aufbau einer leistungsfähigen Forschung zeitlich unterschätzt worden ist. Nach Auffassung der Universität sind für den Aufbau von Forschungskapazitäten in der Regel fünf Jahre zu veranschlagen". ⁵⁾

1) Arbeitsstelle Arbeiterkammer, Erste Erfahrungen, Ergebnisse, Planungen und Perspektiven, Bremen 1976, S.13-15

2) Zentrale wissenschaftliche Einrichtung "Arbeit und Betrieb", Arbeitsansatz und Aufgabenbestimmung des Kooperationsbereichs, Bremen im September/Oktober 1977, S.10

3) Arbeitsstelle Arbeiterkammer 1976, S.15

4) vgl. die Zeittafel in der Anlage des Arbeiterkammerberichts 1976

5) Bericht der Universität an den Wissenschaftssenator 1976, S.26

Schwerpunktthema

Wenn diese völlig fehlende Forschungs-Infrastruktur die soziologische Forschung erheblich behinderte, so machte sie medizinisch-technische Forschung erst recht schwierig. Die von der Arbeitsstelle, der Universität und der Arbeiterkammer vorgeschlagene Berufung eines in Bremen praktizierenden Arbeitsmediziners scheiterte vor allem an der Unmöglichkeit der Fortsetzung zumindest eines Teils seiner praktischen Arbeit im Rahmen der Hochschule - ganz abgesehen vom Fehlen eines medizinischen Studienganges und entsprechender apparativer Ausstattung. Die Absage dieses Arbeitsmediziners hat im Grunde das objektive Scheitern der Vorstellungen eines eigenen Forschungsschwerpunktes Arbeitsschutz deutlich gemacht. Der fehlende ingenieurwissenschaftliche Studiengang und die entsprechend nicht vorhandene Ausstattung der Universität haben de facto auch die Absichten des Kooperationsbereichs und die Forderung der Arbeiterkammer nach der Entwicklung von "Alternativen gerade zu den bestehenden Formen der Produktionstechnik" ¹⁾ auf den Zeitraum nach 1985 vertagt. Diese Bedingungen zeigen auch die objektive Grundlage der Praxis der Koordinierung von vorhandenen Projekten im Bereich Arbeitsschutz außerhalb Bremens (Tagung Sicherheit am Arbeitsplatz) und der Nutzung anderer Forschungskapazitäten (Projekte des Bundesarbeitsministeriums) auf. Ein Schwerpunkt Arbeitsschutz wäre nur über einen koordinierenden wissenschaftlichen Mitarbeiter und den Aufbau von Forschungskapazitäten innerhalb (Bereiche Chemie/Physik) und außerhalb der Bremer Universität zu realisieren gewesen.

Diese Konstellationen und die Plausibilität der Erweiterung vorhandener sozialwissenschaftlicher Arbeitszusammenhänge erklären zumindest ansatzweise die Nicht-Durchsetzung der Arbeiterkammerinteressen und die Realisierung der Vorstellungen der Wissenschaftler. Darüber hinaus hat die mit der Berufung von Hochschullehrern, deren Freiheit der Forschung und Lehre und der zunehmenden Veralgerung der Entscheidungskompetenz von der paritätischen Kommission zwischen Universität und Arbeiterkammer hin zur Selbstbestimmung der Wissenschaftler (endgültig mit dem neuen Hochschulgesetz durchgesetzt) gesteigerte Durchsetzungsfähigkeit der Wissenschaftler sicherlich eine Rolle gespielt, was die Arbeiterkammer als Verlust ihrer Einwirkungsmöglichkeiten registriert und bedauert hat (und persönliche Interessen verkürzt als hauptsächlichliche Ursache für die Nicht-Beachtung ihrer Interessen ansah).

Resultat der Entwicklung des Kooperationsbereichs ist die Existenz eines sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunktes (mit Arbeiterbildungs-forschung) der Universität Bremen. Dessen endgültige Installierung schlug die

1) Arbeiterkammerbericht 1976, S. 30

----- *Schwerpunktthema* -----

Universität dem Senator für Wissenschaft und Kunst 1976 vor:

"Der besonderen Zweckbestimmung entsprechend sollte das 'Forschungs- und Praxiszentrum Arbeit und Betrieb' als Forschungsschwerpunkt auf Dauer eingerichtet werden. In die Aufgabenstellung sollte der Ausbau des interdisziplinären Forschungsbereichs zu einem Sonderforschungsbereich auf dem Gebiet neuer Arbeitstechnologien und der Humanisierung des Arbeitslebens sowie der Erkenntnisvermittlung in die betriebliche Praxis einbezogen werden." 1)

Der Senator machte dem politischen Senat der Hansestadt Bremen daraufhin deutlich, daß dieser Bereich unter den Forschungsschwerpunkten der Universität "der bedeutendste Schwerpunkt sein wird" und ein Ausbau zu einem Sonderforschungsbereich anzustreben ist:

"Die Einrichtung eines Sonderforschungsbereiches setzt die Aufnahme in das Verzeichnis der Sonderforschungsbereiche des Wissenschaftsrates voraus. Dabei wird die Förderungswürdigkeit des vorgesehenen Forschungsgebietes geprüft... . Eine solche Förderung sollte mittel- bis langfristig unter den Gesichtspunkten 'Anerkennung der Universität Bremen als Forschungseinrichtung' und 'Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen' angestrebt werden." 2)

Ein solches forschungsinstitut lag durchaus im Interesse der in der Arbeitsstelle tätigen Wissenschaftler. So formulierte Schumann im Februar 1976 auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung die Notwendigkeit der "Produktion neuer Ergebnisse und Perspektiven" und wehre sich gegen die Einengung der Forschung " auf die zur Bewältigung der täglichen Arbeit notwendige wissenschaftlich-qualifizierte(n) Zuarbeit":

"Werden hier vorschnelle anwendungsorientierte Erwartungen formuliert, ist die Enttäuschung damit allzu leicht schon vorprogrammiert." 3)

Durch projektbegleitende Ausschüsse der Gewerkschaften und Beiträge der Forschungsteams (in Kooperation mit dem Arbeiterbildungsbereich) zur Arbeiterbildung sollte allerdings die völlige 'Abgehobenheit' der Wissenschaftler vermieden und ein qualitativer Schritt über die Arbeit der traditionellen Forschungsinstitute hinaus versucht werden.

1) Bericht der Universität an den Wissenschaftssenator 1976, S.31

2) Der Senator für Wissenschaft und Kunst, Entwurf einer Vorlage für die Sitzung des Senats (1977), betreffend den Kooperationsvertrag zwischen der Universität Bremen und der Arbeiterkammer Bremen 27. Juli 1971, Bremen 1977, S.8

3) Michael Schumann, Thesenpapier zum Verhältnis Forschung und Gewerkschaft, Manuskript des Referates für die Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Februar 1976, S. 9

----- *Schwerpunktthema* -----

Zusammenfassend kann die Entwicklung der Arbeitsstelle als die

- von einer durch wissenschaftliche Mitarbeiter geprägten Koordinierungsstelle zu einem Institut mit mehreren Forschungsprojekten, die meist von Hochschullehrern geleitet werden,
- von einer auch Wissenschaftsergebnisse anderer Forschungsgruppen (z.B. zum Arbeitsschutz) an die Gewerkschaften herantragenden Stelle zu einer schwerpunktmäßigen industriesoziologischen Forschungsstelle, die angesichts der fehlenden universitären Infrastruktur zumindest in der nächsten Zeit nicht auf medizinische und technische Themenbereiche auszudehnen ist,
- von einer auch thematisch stark außenbestimmten (paritätische Kommission zwischen Arbeiterkammer und Universität) Dienststelle zu einem selbstbestimmten Institut,
- zu einem wissenschaftlichen Freiraum, der die Reflexion von politisch über die derzeitigen Vorstellungen der Gewerkschaften hinausgehenden Strategieansätze erlaubt

charakterisiert werden, der durch den Versuch der Verkopplung und ansatzweisen Integration von Forschung und Arbeiterbildung gekennzeichnet ist.

4. Strukturelle Probleme und institutionelle Veränderungen

In Bremen lag die Enttäuschung der Arbeiterkammer in der Nicht-Realisierung von Dienstleistungen und anwendungsorientierter Forschung sowie der geringen politischen Durchsichtigkeit der Interessen der Wissenschaftler begründet. Die Kritik bezog sich auf die langfristige soziologische Forschung, die zwar vielleicht vieles erhellen, aber kaum Beiträge zur Bewältigung praktischer Probleme in den Betrieben leisten könne.

Die Durchsetzung der 'wissenschaftlich interessanten' Forschung gegen ihre unmittelbaren Interessen führte die Arbeiterkammer vor allem auf die Abgehobenheit der Wissenschaftler und deren Interesse an 'Freiheit' zurück und unterstellte, daß auch den Linken Akademikern das neue Hochschulgesetz mit der Liquidierung von Mitbestimmungspositionen der Arbeiterkammer im Grunde zur besseren Durchsetzung ihrer eigenen Interessen sehr gelegen kommt. Überspitzt ausgedrückt fühlten sich viele Gewerkschafter nur instrumentalisiert zum Zwecke der Schaffung ihnen wenig nützender abstrakter Erkenntnisse bei der gleichzeitigen Gefahr der Politisierung der Linken Wissenschaftler an den Arbeitnehmerorganisationen vorbei.

Diese Kritik wurde von den Wissenschaftlern allerdings nicht geteilt. Sie haben immer den Anspruch erhoben, sowohl Forschungs- als auch Servicearbeit

zu leisten und mit den Forschungsergebnissen zugleich einen Beitrag zur Klärung grundlegender (gewerkschafts-)politischer Fragen und Vorschläge zur Verbesserung der konkreten Situation der Arbeitnehmer zu entwickeln. Den Vorwurf, doch unter Instrumentalisierung der Arbeitnehmervertreter letztlich nur den eigenen abgehobenen Interessen (möglichst ohne Fremdeinflüsse und Kontrolle) nachzugehen, wiesen die Wissenschaftler energisch zurück. Das gilt zwar nicht für die Ansätze und Methoden ihres Vorgehens (in die die Arbeiterkammer auch nie einzugreifen gedacht hat)¹⁾, wohl aber für die Themenfestlegung.

Die Gewerkschaften und der Wissenschaftssenator lehnten schließlich das 'abstrakte' Rahmenpapier der Wissenschaftler zu den Perspektiven nach 1978 ab und forderten zumindest zwei für die Bremer Gewerkschaften konkret hilfreiche 'Brückenprojekte' und Aktivitäten mit kürzerer Laufzeit. So formulierte der Senator für Wissenschaft und Kunst:

"Wir waren bei unserem letzten Gespräch so verblieben, daß mir bis zu einem nächsten Gespräch Ende Januar 1978 von Ihnen ein Vorschlag über neue wissenschaftliche Vorhaben gemacht wird, die auf die spezielle Interessenlage der Bremer Gewerkschaften eingehen und die Arbeit der Kooperationsstelle über 1979 hinaus sicherstellt.Außerdem wollten Sie eine Liste mit möglichen kürzerfristig zu realisierenden wissenschaftlichen Serviceleistungen erstellen, die vom Kooperationsbereich, aber auch weiteren Bereichen der Universität für die Gewerkschaften bereitgestellt werden könnten." ²⁾

Der Senator wünschte darüber hinaus die Realisierung eines lange geplanten und beschlossenen Kontaktstudiums für Arbeiter, das 'Arbeitergrundstudium', ³⁾ für das den Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern des Kooperationsbereichs Lehrdeputate angerechnet werden sollten. Dieses Arbeitergrundstudium war allerdings innerhalb der Wissenschaftlerkonferenz und auch der hauptamtlichen Mitarbeiter für die Arbeiterbildung heftig umstritten.

-
- 1) Die Arbeiterkammer betonte ausdrücklich "Dieses Selbstverständnis bedeutet einerseits die Anerkennung der Autonomie der Hochschule, die Achtung der Freiheit für Forschung und Lehre sowie Toleranz gegenüber kritischen Fragestellungen und Ergebnissen", Stellungnahme der Arbeiterkammer 1977, S.4
 - 2) Horst Werner Franke, Senator für Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen, in einem Brief an Herrn Prof.Dr.M.Schumann vom 30.Nov.1977
 - 3) Beschlossen von der Kommission zur Durchführung des Kooperationsvertrages und der zuständigen Sonderprojekt-Kommission, positiv erwähnt in dem Bericht der Arbeiterkammer von 1976, S.28, innerhalb der Wissenschaftskonferenz aber nur als einer von zwei Bildungsbeiträgen verabschiedet.

Innerhalb der Universität wurde 1978 versucht, mit einer institutionellen Veränderung im 'Kooperationsbereich' zur Lösung der vorhandenen Probleme und aus unterschiedlichen Interessenlagen resultierenden Konflikte beizutragen. Die Einrichtung einer mehr 'dienstleistenden' "Zentralstelle für die Durchführung des Kooperationsvertrages" (Förderung von Projekten, Vermittlung und Erarbeitung von Gutachten, Entwicklung, Planung und Organisation eines Lehrangebots für die Arbeitnehmerweiterbildung, Entwicklung eines eigenen Medienangebots, Aufbau eines Archivs und eines Filmarchivs zur Arbeiterbewegung) und einer forschenden "Zentralen wissenschaftlichen Einrichtung Arbeit und Betrieb" (Planung, Entwicklung und Durchführung interdisziplinärer Forschungsvorhaben, sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung mit einer Anwendungsperspektive auf Probleme der Humanisierung der Arbeit und der Folgen des technologischen Wandels) trug den unterschiedlichen Interessen Rechnung und fand die Zustimmung auch der Gewerkschaften. Als Vorteile für die einzelnen Gruppen sind anzusehen:

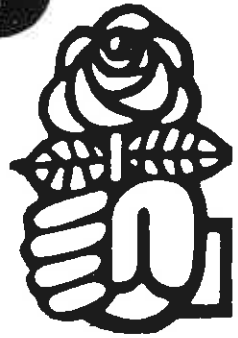
- die besonderen Forschungsinteressen der Wissenschaftler können ohne ständige 'Behinderungen' durch die Notwendigkeit der Selbstlegitimation und den krampfhaften Versuch des Nachweises der 'Anwendungsorientierung' und 'Praxisrelevanz' im Rahmen eines Forschungsschwerpunktes weiter betrieben werden, ohne damit gute Kontakte zu den Gewerkschaften zu verlieren - die Forscher können unbelastet von 'überzogenen Erwartungen' und deren Enttäuschungen arbeiten
- die wissenschaftlichen Mitarbeiter brauchen sich nicht um jeden Preis in Projektstrukturen ein- und bestimmten Hochschullehrerinteressen unterzuordnen, verlieren allerdings teilweise eigene Forschungsmöglichkeiten und sind verstärkt zu Arbeiterbildungsaktivitäten verpflichtet.
- Der Senator für Wissenschaft und Kunst kann seine beiden Hauptinteressen (Ausbau eines Sonderforschungsbereichs und Verstärkung der Humanisierungsforschung auch mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie konkrete Dienstleistungen für die Bremer Gewerkschaften und die Arbeiterkammer) widerspruchslos in zwei Bereichen realisieren, die allerdings in ständigem Kontakt zueinander bleiben.
- Die Gewerkschaften bekommen mit Aussicht auf mehr Serviceleistungen einen - allerdings vermittelten - Zugang zur Gesamtuniversität und, so lange in Bremen bestimmte Forschungskapazitäten fehlen, auch zu anderen Hochschulen, ohne daß ihnen die Möglichkeit des besonderen direkten Kontakts zu den laufenden industriesoziologischen Forschungen genommen wird.

Mit dieser institutionellen Veränderung ist zwar der Ansatz für die Verbesserung der Kooperationsbeziehungen und für die Realisierung aller damit verbundenen Interessen geschaffen, der Aufbau einer Kooperationsstruktur auch zu den Bereichen Medizin (in Bremen nicht vorhanden) und zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften wird aber für die Zentralstelle genauso ein Problem bleiben wie die Anwendungsrelevanz der industriesoziologischen Forschungsprojekte für die Zentrale wissenschaftliche Einrichtung noch näher zu bestimmen ist. Das Ziel der Integration der Forschungs-, Bildungs- und Medienarbeit im unmittelbaren Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften muß zwar das letztendliche Ziel bleiben, hat sich aber in Bremen auch im Laufe einer achtjährigen Kooperationserfahrung nur punktuell realisieren lassen.

Für die nächsten Jahre scheint es entscheidend darauf anzukommen, neben der Intensivierung der Gewerkschaftskontakte und der innerwissenschaftlichen Diskussion über "Rückkoppelungsmöglichkeiten" die im Bundesgebiet vorliegenden Kooperationsergebnisse und -probleme aufzuarbeiten und zu einer neuen Konzeptionsbestimmung in bezug auf die institutionalisierte Umsetzung einer 'Wissenschaft im Dienste der Lohnabhängigen' zu kommen.

ARBEITS HEFTE

Zur sozialistischen
Theorie und Praxis



Nr. 21/Mai 1979



Jungsozialisten
und Gewerkschaften



Beiträge zur Arbeit
der Juso-Hochschulgruppen

Nr. 21

Kostenbeitrag: DM 1,50